

★★★

bffk initiiert EU-Beschwerde gegen den Kammerzwang: Auf Initiative des Bundesverbandes für freie Kammern (bffk) hat der Kölner **Professor Dr. Bernhard Kempen, Präsident des Deutschen Hochschulverbandes**, den Auftrag übernommen, eine Beschwerde bei der EU-Kommission gegen den Kammerzwang in Deutschland auszuarbeiten. Ziel der Beschwerde ist es, die Unvereinbarkeit des deutschen Zwangskammersystems mit dem EU-Recht deutlich zu machen und die Kommission aufzufordern, auf die Bundesrepublik Deutschland einzuwirken, um diese Benachteiligung deutscher Unternehmen zu beenden. Die Beschwerde rügt insbesondere, daß der Kammerzwang gegen die Niederlassungsfreiheit in der Europäischen Union verstößt, daß die wirtschaftsfördernde Verwendung der Kammerbeiträge eine unzulässige Beihilfe im Sinne des EU-Rechts ist und daß das deutsche Kammersystem insgesamt mit den Grundsätzen des freien Binnenmarktes nicht übereinstimmt. Das Projekt der EU-Beschwerde nimmt der bffk zum Anlaß, die Unternehmen in Deutschland aufzurufen, sich der Initiative anzuschließen. *„Wer das Kammersystem in Deutschland reformieren und den Zwang überwinden will, der muß gerade als Unternehmer jetzt handeln“*, so **Frank Lasinski, Vorsitzender des Bundesverbandes für freie Kammern.**



Frank Lasinski

★★★